



Presseschau vom 08.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Dagmar Henn: Die Minsker Vereinbarungen – oder: Wie schließt man Frieden und wie nicht

Was wären die Voraussetzungen eines wirklichen Friedensschlusses im Donbass? Es gibt historische Beispiele. Das, was die westlichen Garantiemächte der Minsker Vereinbarungen gerade treiben, ist aber das Gegenteil dessen, was dem Frieden dient. ...

<https://kurz.rt.com/2qvj>

de.rt.com: Umfrage: Jeder zweite Deutsche aufgeschlossen für Atomenergie

In Frankreich und Schweden gilt die Atomkraft als klimafreundlich und sorgt für Energiesicherheit. Auch in Deutschland wächst die Akzeptanz. Laut einer aktuellen Umfrage könnte sich rund die Hälfte der Bevölkerung mit der Atomkraft anfreunden. Die Politik hält bislang am Ausstieg fest. ...

<https://kurz.rt.com/2qvvy>

Leo Ensel: Der Putsch von Wiskuli: Vor 30 Jahren besiegelte Boris Jelzin das Ende der Sowjetunion

Am 8. Dezember 1991 beendeten die Chefs der russischen, ukrainischen und belarussischen Sowjetrepubliken putschartig Michail Gorbatschows Politik der Perestroika und erklärten die UdSSR für aufgelöst. Millionen Russen wurden zu Fremden in einem anderen Land. ...

<https://kurz.rt.com/2qx4>

abends/nachts:

de.rt.com: US-Hoffnung bei neuen Atomgesprächen mit Iran ruht auf China und Russland

Angesichts der ins Stocken geratenen Atomverhandlungen mit Iran in Wien muss sich die Biden-Regierung laut einem US-Bericht auf zwei ihrer größten internationalen Rivalen verlassen, nämlich Russland und China. Nur so könne die nukleare Pattsituation mit Iran beendet werden.

Angesichts der neuen Runde der Atomverhandlungen in Wien zur Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 müsse sich die Biden-Regierung auf zwei ihrer größten internationalen Rivalen, nämlich Russland und China, verlassen, um die nukleare Pattsituation mit Iran zu beenden, kommentiert The Wall Street Journal (WSJ).

"Auch wenn die Spannungen in den USA mit Russland wegen der Ukraine und China, wegen Taiwan und anderer Probleme zunehmen, erkennen westliche Beamte an, dass der schnellste Weg, um den wirtschaftlichen und politischen Druck auf Teherans neue konservative Regierung zu erhöhen, über Moskau und insbesondere Peking führt."

China hilft Iran, seine Wirtschaft zu stabilisieren, nachdem die USA 2018 einseitig wieder Sanktionen gegen Teheran im Rahmen der sogenannten Maximaldruck-Kampagne verhängt hatten. Laut dem Energieanalyse-Unternehmen Vortexa hat China in den vergangenen Monaten täglich bis zu 700.000 Barrel iranisches Öl importiert. China habe auch vom Iran entworfene Kanäle genutzt, um Sanktionen gegen Teheran zu umgehen.

Nur einige Wochen nach der Wahl des neuen iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi im Juni ermöglichten Russland und China Teheran den Beitritt zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, einer von Peking geführten politischen und wirtschaftlichen Vereinigung, in der auch Indien und zentralasiatische Länder Mitglied sind.

US-amerikanische und europäische Beamte glaubten, dass beide Länder offen für einen zunehmenden Druck auf Iran seien, da Russland und China die "Gefahren eines diplomatischen Scheiterns" öffentlich anerkannt hätten. Dennoch werde es wahrscheinlich langwierig und schwierig sein, Russland und China in eine konzertierte "neue multilaterale Druckkampagne gegen Iran" mit einzubeziehen, kommentiert WSJ.

Dabei sind fast schon alle Optionen bezüglich US-Sanktionen gegen Iran ausgeschöpft, schreibt die US-Zeitung: "Da ein Großteil der iranischen Wirtschaft bereits unter US-Sanktionen steht, wird ein erheblicher zusätzlicher wirtschaftlicher Druck aus Washington wahrscheinlich nur begrenzte Auswirkungen haben."

"Die geopolitische Dynamik von heute kann China und Russland dazu veranlassen, fester als in der Vergangenheit an der Seite Irans zu stehen, insbesondere wenn sie zu dem Schluss kommen, dass die Verhinderung von US- und europäischen Ambitionen Vorrang vor der Abwendung regionaler Konflikte oder der Verbreitung von atomarer Aufrüstung hat", sagte Michael Singh, Geschäftsführer des Washington Institute, einer Denkfabrik, die sich auf die US-Politik im Nahen Osten konzentriert.

Für chinesische Diplomaten verbindet laut WSJ der Umgang mit Iran ein ganz besonderes komplexes Bündel nationaler Interessen, darunter Energiesicherheit, Nichtverbreitung von Kernwaffen, Pekings Beziehungen zu den USA und Beziehungen zu anderen konkurrierenden Mächten am Persischen Golf.

"Zu erwarten, dass das China aus den Jahren 2014 und 2015 nach Wien zurückkehrt, ist ein Wunschdenken." China unterzeichnete im März einen 25-jährigen Sicherheits- und Wirtschaftspakt mit Iran, unterhält aber auch wichtige Verbindungen zu den regionalen Feinden Irans, darunter Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die große Öllieferanten für China sind.

Chinas "öffentliche Rhetorik" habe sich auf den Ausstieg der USA aus dem Abkommen als Hauptursache für die erneute Atomkrise konzentriert und Washington aufgefordert, die Sanktionen aus der Trump-Ära aufzuheben, die Peking als "illegitim" bezeichne. China habe jedoch die Zusammenarbeit bei den Wiener Atomgesprächen verstärkt, "insbesondere nachdem die Regierung von Präsidenten Raisi ihre Rückkehr zu den Verhandlungen um fünf Monate verzögert und zugleich Irans Atomprogramm beschleunigt hat".

Nachdem die iranische Delegation letzte Woche zwei neue Entwürfe zu seinen nuklearen Verpflichtungen vorgelegt hatte, die die Aufhebung der US-Sanktionen sowie Irans Rückkehr zu seinen technischen Auflagen beinhalteten, habe sich, nach Angaben zweier europäischer Beamter, Chinas Chefunterhändler am 1. Dezember drei Stunden lang mit seinem iranischen Amtskollegen getroffen, um ihn dazu zu bewegen, die Vorschläge deutlich zu modifizieren. Während es wahrscheinlich nicht möglich sei, China davon zu überzeugen, die iranischen Ölimporte während einer globalen Energiekrise einzustellen, glauben einige westliche ehemalige Diplomaten, wenn Iran seinen Ansatz nicht ändere, könnte die Biden-Regierung in der Lage sein, Peking zu drängen, iranische Öleinnahmen stärker auf chinesischen Bankkonten zu sperren, wie es andere asiatische Länder unternommen hatten. WSJ fügte hinzu, obwohl Russland Washington für die nukleare Pattsituation verantwortlich mache, sei das Land seit dem Auslaufen des Waffenembargos gegen Iran im Oktober 2020 bislang "vorsichtig" gewesen, die Verkäufe konventioneller Waffen an Iran wiederzubeleben. Die Delegationen der internationalen Mächte und Irans kehrten letzte Woche am Freitag von den Beratungen in ihre Hauptstädte zurück. Am Wochenende werden sie erneut in Wien zu einer Runde der Atomverhandlungen zusammenkommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61af38e7b480cc4da2735c9b.jpg>

snanews.de: **Nach Kollision mit Geländewagen: Zwei Bundeswehr-Soldaten sterben bei Panzer-Unfall**

Zwei Bundeswehrangehörige sind am Dienstag bei einem Unfall auf dem Truppenübungsplatz Bergen in Niedersachsen ums Leben gekommen, wie Medien unter Verweis auf die Bundeswehr berichten.

Ein Kampfpanzer hat demnach auf einem Übungsplatz einen militärischen Geländewagen überrollt. Zwei Soldaten seien tödlich verletzt worden. Der genaue Hergang werde noch ermittelt, hieß es.

Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, bestätigte auf Twitter einen „tragischen Zwischenfall auf dem Truppenübungsplatz“. „Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Hinterbliebenen sowie der Truppe vor Ort“, schrieb er.

Das Verteidigungsministerium schrieb: „Wir sind in tiefer Trauer.“

Die FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sprach den Angehörigen ebenfalls auf Twitter ihr Beileid aus. „Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der beiden Opfer dieses tragischen Unglücks. Mögen wir den beiden Soldaten der Bundeswehr und

ihrem Dienst für unser Land von Herzen ein ehrendes Andenken bewahren“, so Strack-Zimmermann.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/11/2132663_0:22:3563:2026_1920x0_80_0_0_04c0e4f018df99c5021cbca23791481b.jpg

de.rt.com: **Sacharowa weist auf Video von ukrainischem Soldaten hin, der mit französischem Granatwerfer schießt**

Maria Sacharowa hat auf ein TikTok-Video aufmerksam gemacht, das einen ukrainischen Soldaten zeigt. Der Mann soll im Donbass mit einem französischen Granatwerfer geschossen haben. Darüber hinaus hat er offensichtlich neonazistische Ansichten.

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat auf ihrem Telegram-Kanal einen Text bezüglich eines umstrittenen TikTok-Clips aus dem Donbass veröffentlicht. Sacharowa schlug internationalen Experten vor, das Ende November von einem Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte veröffentlichte [Video](#) zu untersuchen.

Als Erste hatten französische Investigativjournalisten darauf aufmerksam gemacht. Auf dem Video ist zu sehen, wie der Mann durch das Visier eines in Frankreich entwickelten tragbaren Panzerabwehrgranatwerfers APILAS zielt und anschließend einen Schuss abgibt.

Laut Sacharowa macht die Veröffentlichung deutlich, dass das Video im Donbass gedreht wurde und sein Hauptdarsteller eine neonazistische Gesinnung vertritt. Sie erinnerte auch daran, dass Informationen über APILAS-Lieferungen an die ukrainischen Streitkräfte bereits zu Beginn des Jahres unter Berufung auf Aufklärungsdienst-Informationen von Lugansk im Umlauf gewesen seien. Vor diesem Hintergrund schrieb die russische Außenministeriumssprecherin:

"Die französische Journalistin Christelle Néant interessiert sich dafür, wie eine moderne französische Hightech-Waffe an die Kontaktlinie zwischen den ukrainischen Streitkräften und den Streitkräften der Volksrepubliken von Donbass gelangt sind."

Sacharowa kommentierte auch einen CNN-Bericht darüber, dass die USA angeblich einen Plan für eine mögliche Evakuierung von US-Bürgern aus der Ukraine im Falle einer "russischen Invasion" und daraus resultierenden "katastrophalen Sicherheitslage" entwickelten. Dies sei weiterer "Fake-Müll" aus Washington, hieß es. Wegen Nachrichten dieser Art hätten internationale Experten keine Zeit, reale Fälle zu prüfen, zu denen Sacharowa das TikTok-Video aus dem Donbass zählt.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61afb51b48fbef6e85429873.jpg>

snanews.de: **Im Fall russischer „Aggression“ gegen Ukraine: USA und Deutschland stoppen Nord Stream 2 – Insider**

Washington ist einem Insider zufolge mit Berlin übereingekommen, im Falle einer russischen Invasion der Ukraine die umstrittene Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 zu schließen, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag.

Abgeordnete beider großer US-Parteien sehen die Gasleitung seit längerem kritisch, so ein Kongressmitarbeiter laut dem Bericht. Sie befürchten, dass sich Europa damit in eine zu große Abhängigkeit von Russland gebe.

Moskau hat mehrmals Invasionspläne in der Ukraine-Krise zurückgewiesen.

Auch bei dem heutigen Video-Gespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Kollegen Joe Biden hatte die Ukraine-Frage eine Priorität. Biden bekräftigte seine Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und forderte von Moskau eine Deeskalation und Rückkehr zur Diplomatie. Des weiteren äußerte der amerikanische Staatschef die tiefe Besorgnis der USA und europäischer Verbündeter über die „Ausweitung“ russischer Truppen an der ukrainischen Grenze. In dieser Frage machte Biden deutlich, dass die USA und ihre Verbündeten im Falle einer militärischen Eskalation mit entschlossenen wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen reagieren würden.

Zunahme der Spannungen in Ukraine-Frage

Die Ukraine und die westlichen Länder haben sich in der letzten Zeit über die Zunahme von „aggressiven Aktivitäten“ besorgt gezeigt, die Russland diesen Herbst angeblich an der Grenze zur Ukraine unternommen haben soll.

Vor einigen Tagen veröffentlichten zudem die amerikanische Tageszeitung "The Washington Post" und die „Bild“ Artikel über einen russischen Einmarschplan in die Ukraine. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete den "Bild"-Beitrag als schädliche Propaganda.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte mehrmals in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebiets und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen. Außerdem teilte Peskow mit, dass sich Russland alle mögliche Mühe gebe, um der Ukraine bei der Regelung des Konflikts im Donbass zu helfen, wobei es sich an das „Normandie-Format“ und die Verpflichtungen des Minsker Abkommens halte.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/1c/4489693_0:320:3071:2047_1920x0_80_0_0_bea38738920b127d1b557a9cd0597436.jpg

snnews.de: **Kreml kommentiert Putin-Biden-Gespräch: Dialog „offen und sachlich“**

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein amerikanischer Amtskollege Joe Biden haben am Dienstag ein zweistündiges Video-Gespräch durchgeführt. Nach Kreml-Angaben ist es offen und sachlich verlaufen.

Die Politiker sollen sich während des Online-Treffens an das Bündnis ihrer Länder während des Zweiten Weltkriegs erinnert haben und betonten, dass die damals gebrachten Opfer nicht vergessen werden sollten und das Bündnis selbst als Beispiel für die Arbeit in modernen Realitäten dienen sollte.

„Die Präsidenten äußerten die Meinung, dass Russland und die Vereinigten Staaten unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung für die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und Stabilität den Dialog und die notwendigen Kontakte fortsetzen werden“, hieß es in einer Erklärung der russischen Seite nach dem Treffen.

Situation um Ukraine

In der Ukraine-Frage soll Biden auf den „bedrohlichen“ Charakter der Bewegung russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze aufmerksam gemacht haben. Dann habe er über Sanktionen gesprochen, die die USA und ihre Verbündeten im Falle einer weiteren Eskalation der Lage gegen Moskau verhängen könnten.

„Der russische Präsident hat mit konkreten Beispielen die destruktive Linie Kiews illustriert, die auf den vollständigen Abbau der Minsker Vereinbarungen und Vereinbarungen im Normandie-Format abzielt. Er äußerte sich ernsthaft besorgt über Kiews provokative Aktionen gegen den Donbass“, so der Kreml ferner.

Nato-Garantien

Putin betonte auch, dass die Verantwortung nicht auf Moskau geschoben werden sollte, wenn genau die Nato ihr militärisches Potenzial an den russischen Grenzen aufbaue.

„Russland ist ernsthaft daran interessiert, verlässliche, rechtssichere Garantien zu erhalten, die die Nato-Erweiterung nach Osten und die Stationierung offensiver Schlagwaffensysteme in den Nachbarstaaten Russlands ausschließen“, hieß es in der Erklärung.

Die Staatsoberhäupter sollen demnach vereinbart haben, ihre Vertreter zu beauftragen, Konsultationen zu diesen Fragen aufzunehmen.

Atom-Deal mit Iran

Auch der Atom-Deal mit dem Iran wurde bei dem bilateralen Gespräch erörtert. Putin betonte in dieser Frage, dass es wichtig sei, das Atomabkommen (JCPOA) innerhalb des ursprünglich vereinbarten Rahmens vollständig umzusetzen.

Die Präsidenten äußerten des weiteren die Hoffnung, dass die Ende November in Wien wiederaufgenommenen Verhandlungen zum JCPOA zu für alle akzeptablen Lösungen führen

würden.

Arbeit der Auslandsvertretungen

Im Diplomaten-Streit habe die russische Seite vorgeschlagen, Einschränkungen in der Arbeit diplomatischer Vertretungen aufzuheben. Dies könnte auch „dazu dienen, andere Aspekte der bilateralen Beziehungen zu normalisieren“, hieß es.

Laut den beiden Präsidenten ist die bilaterale Zusammenarbeit „noch in einem unbefriedigenden Zustand“, was besonders in den Schwierigkeiten zu sehen sind, die die reduzierten diplomatischen Vertretungen beider Länder bei ihrer Arbeit haben.

„Wladimir Putin betonte, dass dies alles eine Folge der Linie der US-Regierung ist, die vor fünf Jahren begonnen hat, groß angelegte Beschränkungen, Verbote und Massenausweisungen russischer Diplomaten zu praktizieren, auf die wir mit Gegenmaßnahmen reagieren müssen“, hieß es aus dem Kreml.

Putin und Biden erklärten zudem ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit in strafprozessualen und operativ-technischen Bereichen der Bekämpfung der Cyberkriminalität fortzusetzen.

Russlands Besorgnisse

Putin soll außerdem bei dem digitalen Treffen mit Biden über die russischen Besorgnisse gesprochen haben, so der Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow.

„Putin sagte, dass sie, Amerikaner, sich Sorgen um unsere Bataillone machen, die sich auf russischem Territorium befinden und tausende Kilometer von den USA entfernt sind, und wir sind wirklich besorgt um unsere Sicherheit, die Sicherheit Russlands im globalen Sinne, auf globaler Ebene. Das ist ungefähr das, was Putin zusammenfassend am Ende des Gesprächs sagte“, so Uschakow.

Biden habe daraufhin Putin versprochen, die Bedenken Russlands mit seinen Verbündeten zu besprechen. Die Präsidenten vereinbarten laut Uschakow, in diesem Zusammenhang einen Dialog unter Einbeziehung ihrer Vertreter und Assistenten aufzunehmen.

Das heutige Treffen hat digital unter vier Augen stattgefunden. Die Journalisten durften nur die ersten Minuten des Treffens verfolgen. Die Staatsoberhäupter haben dabei einander begrüßt und einige Kommentare ausgetauscht.

Putin und Biden trafen sich erstmals im Juni in Genf persönlich. Seitdem haben die beiden Staatsechefs Telefongespräche geführt.

Biden zeigte sich offen für ein weiteres Treffen mit Putin beim nächsten G20-Gipfel, der im kommenden Jahr auf der indonesischen Insel Bali stattfinden soll.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0c/04/4575734_0:0:2596:1461_1920x0_80_0_0_0020e0d7b32729511588a80c0fc116f3.jpg

vormittags:

wpered.su: Die KPRF wird eine Entschließung über die Anerkennung der DVR und der LVR in die Staatsduma einbringen

Am 7. Dezember sprach der stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleute, Kasbek Tajsajew, in der Staatsduma der RF. Er erklärte, dass die Fraktion der KPRF einen Entwurf für eine Entschließung über die Anerkennung der DVR und der LVR erarbeitet hat und ihn in der nächsten Zeit zur Behandlung vorlegen wird.

„Die KPRF hat ihre Wahl bereits vor sieben Jahren getroffen und baut ihre Arbeit mit den Republiken als mit souveränen Republiken auf. Wir haben immer eine klare Position bezüglich des Status der DVR und der LVR eingenommen und sind für eine Anerkennung der Ergebnisse des Referendums des Jahres 2014 eingetreten ... Unsere Fraktion hat einen entsprechenden Entwurf für eine Entschließung „Über die Anerkennung der Donezker Volksrepublik und der Lugansker Volksrepublik“ erarbeitet und wird ihn in der nächsten Zeit zur Behandlung durch die Staatsduma der RF einbringen“, sagte Kasbek Tajsajew.

snanews.de: „Westen hat Kultur des politischen Dialogs verloren“ – Russlands Außenministerium

Der stellvertretende Außenminister Russlands, Alexander Pankin, hat dem Westen vorgeworfen, die Kultur des politischen Dialogs verloren zu haben. Das erklärte er in einem Interview mit SNA.

„Man hat den Eindruck, dass der Westen die Kultur des politischen Dialogs verloren hat. Die Partner haben verlernt, Probleme zivilisiert am Verhandlungstisch zu lösen. Einseitige Beschränkungen sind oft die Antwort auf jede Entscheidung, die nicht ihrer Logik entspricht“, so der Politiker.

Der stellvertretende Minister sagte, dass kein Staat, der eine vom Westen unabhängige Politik verfolgt, vor Sanktionen geschützt sei.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen bleiben angespannt. Seit einem Monat wird über eine angebliche Vorbereitung Russlands für einen Angriff auf die Ukraine in den US-amerikanischen Medien berichtet. Bisher waren keine dieser Anschuldigungen mit Beweisen belegt, trotzdem drohen westliche Politiker immer wieder mit Sanktionen.

Der US-Präsident Joe Biden soll auf den „bedrohlichen“ Charakter der Bewegung russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze im Gespräch mit Russlands Präsident Wladimir Putin aufmerksam gemacht haben. Im Fall einer weiteren Eskalation der Lage könnten ihm zufolge die USA und ihre Verbündeten weitere Sanktionen gegen Moskau verhängen.

Putin unterstrich jedoch, dass die Verantwortung nicht auf Moskau geschoben werden sollte, da genau die Nato ihr militärisches Potenzial an den russischen Grenzen aufbaue.

Auch Nato-Chef Jens Stoltenberg warf Moskau vor, eine „zunehmend kriegerische Rhetorik“ zu betreiben und warnte vor „ernsthaften Konsequenzen“.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte zuvor betont, dass Russland für niemanden eine Gefahr darstelle, und warf den USA und seinen Nato-Verbündeten vor, provokative Aktivitäten in der Nähe der russischen Grenzen durchzuführen. Die Allianz solle aufhören, „Waffen in die Ukraine zu pumpen“ und die Ukraine damit „zu wahnsinnigen Aktionen zu ermutigen“, so Peskow.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1d/1909692_0:65:3078:1796_1920x0_80_0_0_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Pentagon bestätigt Präsenz von US-Streitkräften in der Ukraine**

US-Streitkräfte sind in der Ukraine im Rahmen einer Trainingsmission und routinemäßiger Übungen der Spezialeinheiten präsent. Darüber berichtete die Zeitung „The Washington Times“ am Dienstag unter Berufung auf den Pentagon-Sprecher Anton Semelroth. Eine genaue Anzahl wollte er jedoch „aus Sicherheitsgründen“ nicht nennen.

Die dem 53. Infanteriebrigade Combat Team zugeordneten Truppen beraten und betreuen lokale Truppen im Rahmen der Joint Multinational Training Group-Ukraine, hieß es. Bekannt als Task Force Gator, übernahmen sie die Mission vom 81. Stryker Brigade Combat Team der Washington National Guard. Es sei damit die elfte Rotation der US-Streitkräfte in der Ukraine seit 2015, als die Beratungsmissionen zum ersten Mal begannen.

„Unsere fortlaufende Schulung und Unterstützung soll die Beziehungen stärken und das Engagement der USA für den Erfolg einer stabilen und freien Ukraine bekräftigen“, zitiert die Zeitung Oberstleutnant des U.S. Marine Corps, Anton Semelroth.

Die Mission passe sich in Größe, Umfang und Szenario an, während die ukrainischen Streitkräfte ihren Entwicklungsplan durchlaufen. Außerdem biete die Mission den US-Soldaten wertvolle Trainingsmöglichkeiten und trage zu Kiew's defensiven Fähigkeiten bei, hieß es weiter.

Laut der Zeitung weigerten sich Pentagon-Beamte aus Sicherheitsgründen zu sagen, wie viele US-Truppen sich derzeit in der Ukraine befinden. Ein Kampfteam einer Infanterie-Brigade hat je nach Konfiguration etwa 3.900 bis 4.100 Soldaten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/02/05/796527_0:139:3145:1908_1920x0_80_0_0_464e57fa7b707ff432f792b9441b0c0e.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 7. Dezember 3:00 Uhr bis 8. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7)**.

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 2.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: US-Senator: "Atomschlag gegen Russland nicht ausschließen"

Ein US-Senator hat das Weiße Haus aufgefordert, einen "nuklearen Ersteinsatz" gegen Russland nicht auszuschließen. Auch ein Bodeneinsatz sei eine Möglichkeit. Geschichte wiederhole sich, daher sollten die USA aus dem Vorfall mit dem Sudetenland lernen und rechtzeitig reagieren, so der Politiker.

Der republikanische Senator von Mississippi Roger Wicker hat in einem Interview mit Neil Cavuto bei Fox News die Möglichkeit sowohl eines Bodeneinsatzes wie auch eines Atomschlags gegen Russland ins Spiel gebracht, sollten die USA in einen Konflikt um die Ukraine verwickelt werden. Wicker sagte am Dienstag:

"Ich würde eine militärische Aktion nicht ausschließen. Ich denke, wir machen einen Fehler, wenn wir Optionen vom Tisch nehmen. Also hoffe ich, dass der US-Präsident diese Option auf dem Tisch behält."

Auf die Frage, was eine Militäraktion gegen Russland beinhalten würde, antwortete der Republikaner, das könne bedeuten, "dass wir uns mit unseren Schiffen im Schwarzen Meer absetzen und die russischen militärischen Kräfte vernichten". Er betonte:

"Ich würde US-Truppen auf dem Boden nicht ausschließen."

Der Senator und fügte hinzu, dass die USA auch einen "nuklearen Ersteinsatz" gegen

Russland nicht ausschließen sollten.

"Wir glauben nicht, dass es dazu kommen wird, aber es gibt bestimmte Dinge in Verhandlungen, die man nicht vom Tisch nehmen sollte, wenn man hart bleiben will. Deshalb denke ich, dass der Präsident sagen sollte, dass alles auf dem Tisch bleibt."

Wickers Äußerungen wurden allgemein verurteilt und von Kritikern als "verrückt" und "blutrünstig" bezeichnet. Jon Wolfsthal, der als Sonderberater von Joe Biden für nukleare Sicherheit und als leitender Direktor für Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Nationalen Sicherheitsrat der USA tätig war, nannte Wickers Worte "gefährlich und unverantwortlich". Der republikanische Kongressabgeordnete Adam Kinzinger aus Illinois unterstützte seinen Parteikollegen jedoch und forderte, alle Karten auf den Tisch zu legen. Kinzinger verglich das heutige Russland mit Nazi-Deutschland und erklärte:

"Russland rückt vor, bis es auf eine Mauer stößt. Wir können die Mauer sein, oder wir können uns aus dem Sudetenland zurückziehen und hoffen, dass er nicht die Absicht hat, die gesamte Sowjetunion wieder aufzubauen. Die Geschichte wiederholt sich, aber wir leugnen immer, dass dies passiert."

Noch vor dem Gespräch, das der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag per Videokonferenzschaltung mit dem US-Präsidenten Joe Biden führen wollte, warf die Biden-Regierung Moskau wiederholt vor, angeblich eine Invasion in der Ukraine zu planen, was vom Kreml als "Fake News" zurückgewiesen wurde.

Nach den Gesprächen verkündete der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan:

"Wir glauben immer noch nicht, dass Präsident Putin eine Entscheidung getroffen hat, in die Ukraine einzumarschieren."

Er betonte aber, dass US-Präsident Biden sehr deutlich die Konsequenzen dargelegt habe, falls Moskau sich zu einem solchen Schritt entschließen würde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b04dc7b480cc35b6463de6.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. Dezember um 9:00 Uhr 20.921 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 623 Personen sind derzeit erkrankt, 17.324 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2975 Todesfälle.

de.rt.com: **Australien schließt sich diplomatischem US-Boycott der Olympischen Spiele in Peking an**

Der australische Premierminister Scott Morrison hat bestätigt, dass sein Land keine Regierungsvertreter zu den Olympischen Winterspielen in Peking nächstes Jahr entsenden werde. Damit schließt sich Australien dem zuvor von den USA beschlossenen "diplomatischen" Olympia-Boycott an.

Morrison sagte am Mittwoch, es sei "keine Überraschung, dass Australien keine offiziellen Vertreter zu den bevorstehenden Winterspielen in China entsenden wird", und verwies auf vermeintliche "Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und viele andere Themen, die Australien immer wieder angesprochen hat". Der Ministerpräsident sagte wörtlich: "Wir haben uns sehr darauf gefreut, mit der chinesischen Regierung über diese Themen zu sprechen, und es gab von unserer Seite aus kein Hindernis dafür. Aber die chinesische Regierung hat diese Gelegenheiten, mit uns über diese Themen zu sprechen, immer wieder abgelehnt."

Der Premierminister betonte jedoch, dass australische Beamte zwar nicht zu den Olympischen Spielen nach China reisen würden, die australischen Athleten aber dennoch an den Spielen teilnehmen dürften:

"Australien ist eine große Sportnation, aber ich halte Fragen des Sports und der anderen politischen Angelegenheiten sehr wohl auseinander."

Die chinesische Botschaft in Australien kritisierte die Entscheidung in einer Mitteilung: "Wie wir alle wissen, liegt die Schuld an der gegenwärtigen misslichen Lage der chinesisch-australischen Beziehungen eindeutig bei der australischen Seite."

China fordere Australien nachdrücklich auf, "praktische Maßnahmen zu ergreifen, um günstige Bedingungen für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu schaffen." Gleichzeitig wünschte die Chinesische Botschaft den australischen Athleten viel Glück bei den bevorstehenden Winterspielen. Australiens Erfolg bei den Olympischen Spielen hänge von der Leistung der Sportler ab, nicht von der politischen Haltung einiger australischer Politiker, hieß es.

Morrison's Regierung folgte mit dieser Entscheidung dem Beispiel von US-Präsident Joe Biden, dessen Regierung am Montag aus Protest gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen in China ebenfalls einen diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 angekündigt hatte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b050d548fbef671e0f9d7e.JPG>

Mzdnr.ru: Am 7. Dezember wurden in der DVR 1742 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 447 positiv, bei 130 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 58 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 12 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 31 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1364 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 948 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden).

Am 8. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 112.540 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4929 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 99.017 als gesund entlassen, es gibt 8595 Todesfälle.

de.rt.com: **Über 120 Schüler im Krankenhaus – Vietnamesische Provinz setzt Impfungen mit Pfizer aus**

Einem Bericht der vietnamesischen Zeitung "VnExpress" zufolge haben die Behörden der Provinz Thanh Hóa die Impfung mit einer Charge des Impfstoffs gegen COVID-19 von Pfizer ausgesetzt. Grund soll die Einlieferung von mehr als 120 Schülern ins Krankenhaus sein.

Die vietnamesische Provinz Thanh Hóa hat Impfungen mit dem Impfstoff gegen COVID-19 des Herstellers Pfizer ausgesetzt. Das berichtet die vietnamesische Zeitung VnExpress.

Auslöser war die Einlieferung von mehr als 120 Schülern ins Krankenhaus.

Dem Bericht zufolge werden in der Provinz seit dem 30. November dieses Jahres Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren mit dem Pfizer-Impfstoff gegen Corona geimpft. Wie VnExpress schreibt, wurden mehr als 120 der frisch geimpften Kinder in Krankenhäuser eingeliefert, nachdem sie Symptome wie Übelkeit, hohes Fieber oder Atembeschwerden gezeigt haben sollen. Die Zeitung beruft sich dabei auf das örtliche Zentrum für Seuchenkontrolle (CDC) der Provinz.

Von den betroffenen Kindern sollen 17 schwere Reaktionen gezeigt haben. Ihr Zustand habe sich aber mittlerweile stabilisiert, sie würden jedoch weiterhin im Krankenhaus überwacht, wie das CDC mitteilte. Wie VnExpress weiter berichtet, muss die Ursache der Symptome bei den Schülern von den Behörden in Thanh Hóa noch bestätigt werden.

Der Direktor des örtlichen CDC Luong Ngoc Truong sagte, die Provinz habe die Verwendung der aktuellen Impfstoffcharge von Pfizer eingestellt. Truong erklärte gegenüber VnExpress: "Wir haben noch andere Chargen, auch Impfstoffe von Pfizer, und werden die Kinder weiter impfen."

Die ausgesetzte Charge werde eingelagert, so Truong weiter, und könne später für andere Gruppen wie Erwachsene verwendet werden. Vu Van Chinh, Direktor des Bezirkskrankenhauses von Hà Trung [ein Landkreis der Provinz Thanh Hóa] sagte gegenüber der Zeitung, dass Nebenwirkungen nach der Impfung normal seien, aber eher bei Kindern als bei Erwachsenen auftreten würden. VnExpress zitiert Chinh mit den Worten:

"Diejenigen, die Reaktionen zeigen oder in Ohnmacht fallen, müssen getrennt werden, damit es nicht zu einer Kettenreaktion kommt."

Dem Bericht zufolge hat das CDC Thanh Hóa rund 117.000 Dosen des COVID-19-Impfstoffs an 27 Bezirke und Städte verteilt. Mehr als 56.700 Dosen sollen schon verabreicht worden sein. In der vergangenen Woche sollen drei Kinder in Bắc Giang, Hanoi und Bình Phước gestorben sein, nachdem sie mit dem Pfizer-Impfstoff gegen COVID-19 geimpft worden waren, wie die Zeitung weiter berichtet. Als Todesursache sei eine "Überreaktion auf den Impfstoff" festgestellt worden. Weiter schreibt VnExpress, dass letzte Woche vier Arbeiter in der Kim Viet Schuhfabrik in Thanh Hóa nach einer COVID-19-Impfung mit Vero Cell [inaktiviertes Virus, Anm. d. Red.] gestorben sein sollen, ebenfalls aufgrund einer "Überreaktion".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0786fb480cc35392d0aad.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Iranischer Beamter: USA versuchen "Islamischen Staat" wiederzubeleben**

Ein Vertreter der iranischen Regierung hat Washington vorgeworfen, die Terrororganisation IS erneut aufleben lassen zu wollen. Zudem verurteilte er die jüngsten Angriffe Israels auf syrische Gebiete und verwies auf die gute Kooperation Teherans mit Damaskus.

Der Sekretär des iranischen Obersten Nationalen Sicherheitsrates, Ali Schamchani, hat erklärt, dass die Vereinigten Staaten wegen des Kollaps der Terrororganisation IS in Syrien und im Irak verärgert seien, weswegen Washington darauf abziele, die Terrorgruppe erneut aufzubauen. Das berichtete die iranische Nachrichtenagentur IRNA. Ziel der USA sei es, eine neue Krise in der Region zu provozieren.

Das erklärte Schamchani am 7. Dezember während eines Treffens mit dem syrischen Außenminister Faisal Mekdad. Dieser war einen Tag zuvor in Teheran eingetroffen.

Irans Sicherheitsratschef verurteilte zudem den jüngsten israelischen Angriff auf Syrien. Die Luftangriffe stellten laut Schamchani eine Fortführung der "barbarischen Aggression des israelischen Regimes gegen Palästina und den Libanon" dar.

Er verwies ebenso auf die guten strategischen Beziehungen zwischen Iran und Syrien in politischen und Sicherheitsfragen. Beide Staaten sollten sich darum bemühen, ihre Beziehungen auch auf weiteren Gebieten, etwa in der Wirtschaft, aufzubauen.

Der syrische Außenminister bedankte sich im Gegenzug bei Iran für die volle Unterstützung des syrischen Volkes und der Regierung. Nach dem Sieg über die "Front des Terrorismus" habe eine "neue Zeit" in den Beziehungen zwischen Syrien und Iran begonnen.

Mekdad verurteilte die Besetzung syrischer Gebiete seitens der USA und der Türkei als illegal. Diese Okkupation stelle einen Verstoß gegen die syrische Souveränität und territoriale Integrität dar. Auch er bekräftigte, dass die USA versuchen würden, Terrorgruppen in Syrien wiederzubeleben.

Die israelischen Angriffe bezeichnete Mekdad als "echte Beispiele des Terrorismus". Sie würden einen provokanten Akt darstellen.

Syriens Chefdiplomat lud abschließend iranische Firmen dazu ein, sich an der syrischen Wirtschaft zu beteiligen. Das syrische Volk habe ein großes Interesse an iranischen Produkten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61af7ee648fbef2f053620d3.jpeg>

snanews.de: **An der Grenze zu Belarus gefunden: Polnische Behörden melden Leiche von illegalem Migranten**

Die Leiche eines illegalen Migranten soll laut Polizeiangaben der polnischen Woiwodschaft Podlachien an der Grenze zu Belarus gefunden worden sein.

Die Polizei informierte, dass am Dienstag im Wald bei Olchówka in der polnischen Gemeinde Narewka eine Leiche gefunden worden sei.

Neben der Leiche lagen demnach ein Rucksack und ein nigerianischer Pass. Der Pressesprecher der Polizei, Tomasz Krupa, präzisierte, dass die Leiche von Soldaten etwa neun Kilometer von der polnisch-belarussischen Grenze entfernt entdeckt worden sei. Es sei nicht klar, ob es bei dem Todesopfer um einen Nigerianer gehe. Derzeit sollen seine Identität sowie die Todesursache geklärt werden.

Anfang Dezember hatten Medien unter Berufung auf die Pressesprecherin des polnischen Grenzschutzes, Anna Michalska, berichtet, dass seit Anfang des Jahres auf dem polnischen Territorium bereits acht Leichen von illegalen Migranten gefunden worden seien.

Am Mittwoch teilte der polnische Grenzschutz via Twitter mit, dass es am Dienstag insgesamt 51 Grenzdurchbruchversuche gegeben habe. Gegen sechs Personen wurden Beschlüsse über die Deportation vom Territorium Polens gefasst.

Bereits im vergangenen Sommer hatte der Andrang von Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika an den Grenzen zwischen Belarus und Polen sowie den Baltischen Ländern zugenommen. Die Situation hatte sich am 8. November zugespitzt, als sich rund 2000 Menschen am Grenzzaun versammelt hatten. Polnische Sicherheitskräfte unterbanden mehrere Durchbruchversuche, darunter unter Einsatz von Tränengas.

Vilnius, Riga und Warschau machen Belarus für die Krisensituation verantwortlich. Minsk weist die Vorwürfe zurück. Wie der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko erklärte, werde das Land den Zustrom von Menschen nicht mehr aufhalten. Denn wegen der US-Sanktionen habe sein Land weder Geld noch Kräfte dafür.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/10/4341124_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_5414ea4cb01a5bcbbc44d1433814a55c.jpg

dnr-sckk.ru: Am Dienstag, dem 7. September, ist es der Vertretung der DVR im GZKK nach sechs Wochen nachdrücklichen Forderungen gelungen, ein Regime der Ruhe bezüglich der Anfrage des staatlichen Unternehmens der DVR „Regionale Energiegesellschaft“ zur Durchführung von Störungs- und Wiederaufbauarbeiten im Gebiet von Nabereshnoje und Kominternowo zu vereinbaren.

Im Ergebnis von zielgerichtetem Feuer der BFU im Süden der Republik wurde die Stromversorgung der sich in der Nähe der Kontaktlinie befindenden Ortschaften unterbrochen – in Nabereshnoje seit dem 31. Oktober, in Kominternowo seit dem 12. November.

Die Möglichkeiten der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten wurden durch die kontraproduktive Position der ukrainischen Seite behindert, die sich aus politischen Überlegungen weigerte, Sicherheitsgarantien für deren Durchführung zu gewähren.

Es wurden fast zwei Monate Anstrengungen auf allen Ebenen des Verhandlungsprozesses benötigt, um die Gewährleistung der Sicherheit dieser Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten zu gewährleisten.

Die Erzielung einer Vereinbarung eines Regimes der „Ruhe“ an diesem Abschnitt der Kontaktlinie erlaubte es operativen Brigaden der „Regionalen Energiegesellschaft“ in kürzester Zeit die Stromversorgung für mehr als 100 Einwohner der frontnahen Gebiete wiederherzustellen, die Arbeiten werden in der nächsten Zeit vollständig abgeschlossen werden.

de.rt.com: US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland: Putin will Sowjetunion wiederherstellen

Washington fährt mit der Einschätzung Moskaus als Aggressor im Ostukraine-Konflikt und Bedrohung für Europa fort: In einem Hearing im US-Senat hat Unterstaatssekretärin Victoria Nuland die Besorgnis geäußert, Wladimir Putin wolle die Sowjetunion wiederherstellen.

Am Dienstag hat die Videokonferenz zwischen US-Präsident Joe Biden und dem russischen Staatschef Wladimir Putin zur angespannten Lage um die Ukraine-Krise stattgefunden. Am selben Tag kam der Senat in einem Hearing zur Aktualisierung der US-Außenpolitik gegenüber Russland zusammen.

Die Sitzung verdeutlichte den feindlichen Ton Washingtons. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenpolitik Bob Menendez eröffnete das Hearing mit den Worten: "Putin wird es nicht gelingen, die Landkarte Europas neu zu zeichnen. Darüber sollten die Europäer nachdenken. Ihm wird es nicht gelingen, die Menschen einer unabhängigen Nation zum Gehorsam zu drängen. Er kann den Lauf der Dinge in Russland diktieren, aber nicht in der Ukraine. Die Ukrainer werden das nicht zulassen und wir auch nicht."

Als Hauptvortraglerin zum Thema der Beziehung zu Russland war Victoria Nuland, die US-Unterstaatssekretärin für außenpolitische Angelegenheiten, eingeladen worden. In ihrer Rede warnte Nuland Russland vor einer Invasion in die Ukraine und zeigte sich sowie die Führung in Washington gegenüber diesen angeblichen Plänen Moskaus ernst besorgt:

"Offenbar will Putin die Sowjetunion wiederherstellen, Einfluss aufbauen und Russlands Grenzen erweitern."

In diesem Zusammenhang versicherte die US-Diplomatin den Senatsmitgliedern, die Ukrainer wollten "keine Untertanen Moskaus" sondern ein "Teil des Westens" werden, weil sie eine "bessere Zukunft für ihre Kinder" möchten. Nuland brachte zudem ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass Ukrainer weltweit "aufstehen" und "Putins Marionettenregierung zerstören" würden, wobei sie eine Unterstützung nicht nur der USA, sondern auch Europas bekommen würden:

"Unsere europäischen Partner teilen unseren Alarm, sie sind bereit zu agieren. Und seien sie dazu gezwungen, würden sie sich solidarisch mit der Ukraine und sich gegen die Aggression des Kremls zeigen."

Der Auftritt der Unterstaatssekretärin, die während der Proteste in der Ukraine in den Jahren 2013-2014 das Land mehrmals besucht und sich mit den Protestierenden getroffen hatte, zeugte von Washingtons Entschlossenheit, Russland auch weiter als Aggressor im Konflikt zwischen Kiew und den selbsternannten Republiken im Osten des Landes auszugeben und so eine Bedrohung für Europa zu sein. Nuland zeigte sich der Pläne Moskaus, in die Ukraine einzumarschieren, sicher:

"Es ist keine Zeit für Halbmaßnahmen. Wenn Putin beschließt zu handeln, wenn er in die Ukraine eindringt, wird die Antwort schnell und eindeutig sein."

Unter den Maßnahmen zur Eindämmung Moskaus nannte die Diplomatin wieder harte wirtschaftliche Sanktionen, "die es noch nie gegeben hat", und einen möglichen Ausschluss Russlands vom SWIFT – dem internationalen Interbankensystem zur Übermittlung von Informationen und Zahlungen. Diese Drohungen bringen die westlichen Staaten bei den Verhandlungen mit Russland schon längst auf den Tisch.

Am Mittwoch kommentierte der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow die Worte Nulands und verwies auf die Fachkompetenzen der Diplomatin, die seiner Ansicht nach verstehen sollte, dass ihre Vorwürfe grundlos sind:

"Frau Nuland kennt sich in der russischen Agenda und allen Nuancen des postsowjetischen Raums bestens aus, und ich bin überzeugt, dass sie genau wie wir und andere Experten versteht, dass die Wiederherstellung der Sowjetunion unmöglich ist."

Die Aussagen der hohen US-Diplomatin hat auch die Politikerin der Regierungspartei Einiges Russland und Angeordnete der Staatsduma Elena Panina kommentiert. Sie sagte, dass Russland die Souveränität seiner Nachbarländer respektiere, die einst Teil desselben Staates wie Russland waren.

"Unser Land muss jedoch auf die Versuche der USA und ihrer Verbündeten reagieren, diese Länder zu Feinden Russlands zu machen und sie gegen Russland einzusetzen. Und es sind genau solche Aktionen des kollektiven Westens, die die Souveränität dieser Länder in Frage stellen."

Am Dienstag hatten die Staatschefs Russlands und der USA per Videokonferenz gesprochen. Kiew und die westlichen Staaten bezichtigten Moskau einer angeblichen Vorbereitung auf eine Invasion in die Ukraine. Russland dementiert die Vorwürfe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0702f48fbef6758630d30.jpg>

de.rt.com: **Putin dankt Merkel für Zusammenarbeit und setzt auf konstruktiven Dialog mit Scholz**

Nach der Wahl des SPD-Politikers Olaf Scholz zum neuen Bundeskanzler hat Wladimir Putin Angela Merkel zum Abschied gewürdigt. In einem Telegramm sprach der russische Präsident die ehemalige Bundeskanzlerin mit Du an. Er hoffe auf die Fortsetzung ihrer Freundschaft. Russlands Präsident Wladimir Putin hat sich am 8. Dezember bei der nun ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel für die "fruchtbare Zusammenarbeit" bedankt und ihre Dialogbereitschaft hervorgehoben. In seinem Telegram sprach Putin Merkel mit Du an: "Wir waren ständig in Kontakt und versuchten, selbst in schwierigsten Situationen einen Ausweg zu finden. Während Deiner Amtszeit an der Spitze der deutschen Regierung erwarbst Du Dir mit Recht großes Ansehen in Europa und in der ganzen Welt. Ich bin mir sicher, dass Deine große Erfahrung als Staatsfrau und Politikerin immer gefragt sein wird. Und natürlich werden wir unseren freundschaftlichen Umgang weiterpflegen."

In einem weiteren Telegramm, das vom Kreml am Mittwoch veröffentlicht wurde, gratulierte Putin dem neuen Bundeskanzler Olaf Scholz zum Amtsantritt. Er sprach den SPD-Politiker hier mit Sie an und hoffte auf einen konstruktiven Dialog:

"Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind traditionellerweise nicht nur für die Völker unserer Länder, sondern auch für ganz Europa von großer Bedeutung. Ich zähle auf einen konstruktiven Dialog und eine Zusammenarbeit mit Ihnen in aktuellen Fragen der bilateralen und internationalen Agenda. Dies würde zweifellos den Kerninteressen der Russen und der Deutschen entsprechen und zur Festigung von Sicherheit und Stabilität auf regionaler und globaler Ebene beitragen."

Scholz ist am 8. Dezember in Berlin zum neunten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt und ernannt worden. In diesem Amt löste er Merkel ab, die mehr als 16 Jahre lang regiert hatte. Bei der Wahl entfielen auf den 63-jährigen Sozialdemokraten in geheimer Abstimmung 395 von 707 abgegebenen Stimmen – nötig waren 369. Damit fehlten Scholz rein rechnerisch mindestens 15 Stimmen aus dem Lager der Ampel-Fraktionen. Insgesamt gab es 303 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen, drei Stimmen waren ungültig. 29 Abgeordnete hatten bei der Abstimmung gefehlt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0b9cb48fbef680b10e626.jpg>

snanews.de: **Russische Kampffjets eskortieren drei französische Flugzeuge über Schwarzem Meer**

Russische Kampffjets Su-27 haben am Mittwoch drei französische Militärflugzeuge begleitet. Das teilten die Vertreter des nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung gegenüber Journalisten mit.

Demnach wurden über neutralen Gewässern französische Kampfflugzeuge „Rafale“ und „Mirage“ entdeckt, die versucht hätten, sich den russischen Grenzen zu nähern. Daraufhin wurden sie durch die russischen Kampffjets begleitet:

„Um die Luftziele zu identifizieren und eine Verletzung der Staatsgrenze nicht zuzulassen, wurden die Kampffjets Su-27 vom Luftverteidigungsdienst des südlichen Militärbezirks in die Luft gebracht“, hieß es.

„Die Besatzungen der russischen Kampfflugzeuge identifizierten die Luftziele als zwei taktische Jäger ‚Mirage 2000‘ und ‚Rafale‘ sowie ein Tankflugzeug C-135 der französischen Luftstreitkräfte und eskortierten sie über dem Schwarzen Meer.“

Nachdem die französischen Flieger abgewendet hatten, kehrten die russischen Jets zu ihrem Fluggelände zurück; „eine Verletzung der Staatsgrenze der Russischen Föderation ist nicht zugelassen worden“.

In jüngster Zeit hat die Aktivität ausländischer Militärflugzeuge in der Nähe der russischen Grenzen zugenommen. Russlands Verteidigungsministerium hatte „die westlichen Partner“ mehrmals dazu aufgerufen, auf ein solches Vorgehen zu verzichten. Eine Reaktion darauf hatte es allerdings nicht gegeben.



https://cdn1.snaneuws.de/img/07e5/0c/08/4622796_0:0:3069:1726_1920x0_80_0_0_9f2bf96aff971341256e0477255f764a.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 8.12.2021**
In den letzten 24 Stunden wurde eine **Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Majorsk aus die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit Granatwerfern beschossen. **Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 95. Brigade **Schirokaja Balka** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade das Feuer mit Antipanzern- und automatischen Granatwerfern auf **Besymennoje** eröffnet.

Informationen über Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer drei Stück **Waffen und Militärtechnik in zwei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Au dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Komplex der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ in der Nähe von Kamenka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Tschernenko.

Beobachter der OSZE-Mission haben die Verletzung eines Zivilisten am 1. Dezember bestätigt, als ein Auto am Rand des von der Ukraine kontrollierten Marjinka in der Uliza Moskalewskogo bei den Positionen der 54. Brigade auf eine Mine geriet, was eine klare Bestätigung der Nachlässigkeit der ukrainischen Kämpfer bei der Installation von Minensperren ist. Wir erinnern daran, dass ukrainische Propagandisten bei diesem Vorfall den Versuch unternommen haben, die Volksrepublik zu beschuldigen.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Sarja zu blockieren.

Gemäß dem offiziellen Bericht der OSZE-Mission vom 7. Dezember 2021 sind Fälle der Eröffnung des Feuers von den Positionen der 25. Luftlandebrigade im Gebiet der Donezker Filterstation und von den Positionen der 93. Brigade innerhalb des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje festzustellen.

In der OOS-Zone ist eine **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste** aufgrund des Fehlens einer Zusammenarbeit zwischen den Kommandeuren der Einheiten der sich ablösenden Verbänden und aufgrund von Verletzungen von Sicherheitsanforderungen durch das Personal beim Verkehr zwischen den Positionen festzustellen.

Gestern gab es im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ einen weiteren Fall, dass ukrainische Kämpfer auf eigene Minen gerieten. So fuhr ein Autofahrer bei der Untersuchung der Positionen durch eine Erkundungsgruppe der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka zur Abkürzung der Route zu den Positionen durch ein Feld und geriet auf eine Antipanzermine TM-62. Infolge der Detonation starb der Fahrer des Autos an Ort und Stelle, vier weitere Kämpfer wurden unterschiedlich schwer verletzt. Es muss angemerkt werden, dass das Kommando der 53. Brigade den Vorfall nicht an den übergeordneten Stab berichtete und hofft, die Verluste als Folge von Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz abschreiben zu können.

Außerdem zeichneten sich Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons der 53. Brigade aus. Am

7. Dezember starb der Soldat Swistun an der Eisenbahnstation Wolnowacha bei der Entladung von Militärtechnik von einem Zug, er wurde zwischen zwei Transportmitteln eingeklemmt und erlitt tödliche Verletzungen.

Aus den Materialien der Ermittlung ist bekannt, dass der Fahrer eines SIL-Lastwagens beim Rückwärtsfahren auf den Soldaten Swistun fuhr, der sich bei einem am Bahnsteig stehenden Fahrzeug von Typ GAS-66 befand.

deu.belta.by: **Meinung: Belarussische Gegensanktionen waren für USA und EU „unerwarteter Schlag“**

Dass Belarus Gegensanktionen gegen die USA und EU eingeführt hat, war ein „unerwarteter Schlag.“ Das sagte Alexej Awdonin vom Belarussischen Institut für Strategische Studien in einem Interview für Alfa Radio.

„Diese Gegensanktionen stehen im Kontext der jüngsten Beschlüssen der Regierung zur Umsetzung des Importersatzprogramms. Dieses Programm umfasst 47 Unterprogramme und zielt darauf ab, Waren und Produkte im Wert von \$9 Milliarden anderswo zu produzieren, statt sie aus dem Ausland zu importieren. Das bedeutet, Belarusslands Gegner werden mit Verlusten im Wert von \$9 Mrd. rechnen müssen. Wir werden selbst diese Güter und den Mehrwert generieren“, sagte der Experte.

Er hält es für wichtig, dass die Einzelhandelsketten die derzeit von der belarussischen Regierung verfolgte Politik übernehmen und nach den neuen Regeln zur Importersatzung spielen. Alle Lebensmittelgeschäfte sollen belarussische Waren führen. Alexej Awdonin hat die westliche Sanktionspolitik mit der Überproduktion in Verbindung gebracht.

„Diese Krise ist für jedes kapitalistische Modell typisch. Wegen der technischen Modernisierung von Kapazitäten wurden sehr viele Mitarbeiter entlassen. Heute werden viele Produkte hauptsächlich maschinell hergestellt. Aber die Absatzmärkte sind gesättigt. Jeder hat seine eigenen Produkte in Fülle. Mit Sanktionen schützt man seinen eigenen Markt, um die Überproduktion und die Finanzkrise zu überstehen“, betonte er.

Es war unerwartet, dass Belarus den USA und der EU mit solchen Gegensanktionen einen Schlag versetzt. „Das politische Establishment im Westen dachte immer, es sei stark und die Sanktionen würden einseitig sein. Dies ist ein Klischee-Denken, wo die Einsicht fehlt, dass ein kleines Land wie Belarus eine solche Herausforderung für den kollektiven Westen darstellt. Sie konnten uns nicht zutrauen, dass wir zu Gegensanktionen greifen und den Markt verschließen. Für den Westen bedeutet das de facto Mord. Aber die Realität sieht so aus: Wir lassen ihre Waren nicht auf den eigenen Markt und ersetzen sie durch ähnliche Waren anderer Produzenten.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1638971847_59165_big.jpg

de.rt.com: **Vizepräsidentin des EU-Parlaments fordert "gänzlichen Boykott" Olympischer Spiele in Peking**

Nachdem die USA am Dienstag erklärt hatten, dass sie die Olympischen Spiele 2022 in Peking zumindest "diplomatisch boykottieren" wollen, meldete sich nun die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Nicola Beer, zu Wort. Sie möchte deutlich weiter gehen, als die USA. Einen Tag nach dem Vorstoß der USA hat sich die Europa-Politikerin Nicola Beer sogar für einen Komplett-Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking ausgesprochen. Die Europäische Union sollte "nicht nur im Windschatten der USA bleiben, sondern sich selbst für die Einhaltung von Menschenrechten auf die Hinterbeine stellen und sich für einen gänzlichen Boykott der Winterspiele aussprechen", sagte die Vizepräsidentin des EU-Parlaments den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Der von den USA geforderte diplomatische Boykott komme spät, sagte die FDP-Politikerin, und sei "das Mindeste", was vom Westen zu erwarten sei. Die Olympischen Winterspiele im Februar 2022 in China seien "eine falsche Bühne am falschen Ort". Klare Signale des Westens Richtung Peking seien längst überfällig, meinte Beer mit Hinweis auf die "brutale Unterdrückung der Uiguren und der chinesischen Aggressionen gegenüber Hongkong und Taiwan".

Es könne weder im Interesse der USA noch der EU sein, "Peking stillschweigend bei den Winterspielen als gigantische Propaganda-Inszenierung zuzusehen, während Chinas Apparat unverhohlen hinter den Kulissen schwerwiegend Menschenrechte verletzt", betonte die Parlaments-Vizepräsidentin.

USA und Australien mit "diplomatischem Boykott"

Die USA hatten am Montag einen "diplomatischen Boykott" der Peking-Spiele angekündigt. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, sagte in Washington, die Regierung von Präsident Joe Biden werde keine diplomatischen oder offiziellen Vertreter zu den Olympischen Winterspielen nach China schicken. Hintergrund seien der fortdauernde "Genozid" in der autonomen Region Xinjiang und andere Menschenrechtsverletzungen. Auch Australien schloss sich dem "diplomatischen Boykott" mittlerweile an.

China hat den diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking durch die USA scharf kritisiert. Washington solle aufhören, den Sport zu politisieren, sagte Außenministeriumssprecher Zhao Lijian am Dienstag in Peking. Er kündigte "entschiedene Gegenmaßnahmen" an, ohne Details zu nennen. Olympia sei keine Bühne für "politische Manipulationen". Außerdem nähmen Regierungsvertreter auf Einladung ihrer jeweiligen nationalen olympischen Komitees teil.

Chinas Außenministeriumssprecher ergänzte, die USA sollten aufhören, "die Winterspiele in Peking durch Worte oder Taten zu stören". Ansonsten schadeten sie dem bilateralen Dialog und der Kooperation mit China in wichtigen Bereichen oder internationalen Fragen.

Die Winterspiele finden vom 4. bis 20. Februar 2022 statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b0911b48fbef680b10e5d0.jpg>